

Das Scheitern des Robert Habeck an gescheiterten Bürgerwindrädern

Welt, 07.02.2022, Don Alphonso

<https://www.welt.de/kultur/stuetzen-der-gesellschaft/plus236745865/Don-Alphonso-Das-Scheitern-des-Robert-Habeck-an-gescheiterten-Buergerwindraedern.html>

In München ist die Green City AG pleite: Eine Ökostrom-Firma, die aus einem bestens vernetzten Grünen-nahen Verein entstanden ist. Es könnte teuer für Anleger werden – und für Robert Habeck, der solche Projekte für die Energiewende braucht.

Staatskunst ist die kluge Anwendung persönlicher Niedertracht für das Allgemeinwohl, formulierte Abraham Lincoln ein zeitlos gültiges Reformgesetz, und nirgendwo gilt es mehr als im schönen Land der Bayern mit seinen hohen Bergen und niederen Instinkten der hiesigen Einwohner, wovon ich selbst Beispiel ablege: Denn, seien wir ehrlich, in der Politik kann man auf zwei Arten erfolgreich sein. Man kann gute Politik machen und dafür gewählt werden. Oder man kann dafür sorgen, dass andere keine Erfolge haben, und noch verhasster als man selbst sind. In dieser herausfordernden Lage ist nach der verlorenen Bundestagswahl Ministerpräsident Söder, der bei der zweiten Strategie gegen Armin Laschet vielleicht etwas zu erfolgreich war, und sich nun mit dem Klimaminister Habeck herumschlagen muss. Habeck möchte, dass Söder das herrliche Bayern mit den in den Kernregionen der CSU allseits wenig beliebten Windrädern zupflastert und dieselben näher an den Siedlungen zulässt, auf dass die Heimat aussehe wie Rheinland-Pfalz und andere verarmte Kolonien, die ihr Geld mit der Verschandelung und Ausbeutung der Landschaft verdienen müssen. Habeck will ganz erhebliche Eingriffe zugunsten der Energiewende. Und das ausgerechnet in einem Land der Heimtückischen, in dem die Stadtwerke meines Heimatlandkreises vom Nachbarlandkreis so lange am ausgestreckten Zulassungsbehördenarm arm verhungert wurden, bis die mit viel Geld geplanten Windkraftanlagen an der Grenze zu jenem Landkreis wegen unserer 10H-Regel nicht mehr gebaut werden durften.

Windkraft ist hier in Bayern auch ohne grüne Beteiligung aus Berlin ein Thema der größten angewandten, pardon, Brunkacheligkeit auf Kosten anderer Leute: Man baut so etwas besonders gern in Wäldern, die dann zu Baumplantagen abgewertet werden, am Rand der Landkreisgrenzen, damit andere Schatten und Infraschall haben, mithilfe von Baukonzernen und Töchtern von Stadtwerken, die vor 20 Jahren jedem Grünen als Hort schwarzen oder - in Franken - roten Filzes gegolten hätten. Gekämpft wird mit allen juristischen Mitteln auf allen Seiten. An den Spargeln sind langjährige Kooperationen zwischen Umweltschützern zerbrochen. Während der ein oder andere Landwirt scharf auf die Miete ist und mancher Bürgermeister mit den Einnahmen seinen Wahlkampfspendenfreund das Hallenbad sanieren lassen möchte, toben natürlich jene, die sich das Elend jeden Tag am Horizont anschauen müssen. Die 10H-Regel – die Höhe des Windrades mal 10 ist der minimale Abstand zur Wohnbebauung – ist insofern salomonisch wie das Zerschneiden von Kindern, als sie da facto nur 0,5 Prozent der dicht besiedelten bayerischen Flächen übrig lässt, und dortselbst oft kaum Wind weht. Man macht sich mit Windkraft nicht nur Freunde, und man braucht hier einen langen Atem, ohne dass der Ausgang sicher ist. Und da will Habeck nun eingreifen und Söder von Berlin aus Vorschriften machen, obwohl an den Tatsachen – Bayern hat wenig Wind – nicht zu rütteln ist.

Aber es geht da auch ums Prinzip und um Macht und Einfluss und da schauen Sie mal, so hochglänzend kann grüner Einfluss sein!

Da bekommt die Agentur der „Süddeutschen Zeitung“ für ihr Magazin des Vereins Green City einen Preis, weil es so schön und innovativ gemacht ist. 2018 war das: eine schöne, runde Münchner Geschichte, das führende Medienhaus zusammen mit einem ökologisch engagierten Verein, der in der bayerischen Landeshauptstadt die schicke Wende zum besseren Leben betreibt. Begonnen hat Green City 1990 als Bewegung „München 2000 Autofrei“ mit dem Ziel, den benzingetriebenen Verkehr zurückzudrängen. An die Spitze des inzwischen gemeinnützigen Vereins gelangte dann ein gewisser Jens Mühlhaus, der mit seinem undogmatischen Auftreten viel erreichen konnte. Beim Bürgermeister Christian Ude fand er ein offenes Ohr, für die Grünen saß Mühlhaus eine Weile selbst in Stadtrat, und über die Jahre entwickelten sich viele Projekte: Eine Wanderbaumallee sollte zeigen, wie Straßen mit mehr Grün aussehen könnten. Mit der Blade Night wurden Straßen für die infantil-gefährdete Gruppe der Rollschuhfahrer freigegeben. Und seit 2002 veranstaltet Green City jährlich an zwei Wochenenden das Streetlife Festival auf der dafür gesperrten Leopoldstraße: Das ist nach dem Oktoberfest das zweitgrößte Massenereignis der Stadt mit bis zu 300.000 Besuchern. Thema: die lebenswerte, grüne, ökologisch-alternative Stadt mit weniger Autos und mehr Zivilgesellschaft. Also so etwas wie die hässliche, von den Grünen gesperrte Friedrichstraße in Berlin, nur in erfolgreich, beliebt und attraktiv. Und mit dem Erfolg kommen natürlich auch die Einnahmen, das professionelle Management, die Mitarbeiter, die Strukturen, die Verbindungen zur Landespolitik, und das außer Haus produzierte Magazin, das einem banalen Ökoverein längst entwachsen ist.

Dass es so weit gekommen ist, liegt aber weniger an der halben Million öffentlicher Zuwendung, die der letzte Jahresbericht ausweist – die Steuerzahler sind unter anderem über das Referat für Umwelt und Gesundheit und die EU-Kommission beteiligt. Ende des letzten Jahrtausends expandierte der Verein auch in die Einrichtung von Solaranlagen auf Münchens Dächern, und 2005 entstand daraus die Firma, die heute den Namen Green City AG trägt: 53,58 Prozent der nicht gemeinnützigen, sondern profitorientierten AG gehören dem gemeinnützigen Verein, weitere 11,1 Prozent den Mitarbeitern der AG, und 35,3 Prozent sind in Streubesitz. Bis vor ein paar Wochen hätte Habeck bei seinen Auftritten in Bayern mit der Green City AG einen fantastischen Kooperationspartner gehabt. Da war alles dabei: zivilgesellschaftliches Engagement und gemeinnützige Praxis, solide, reiche Bürgerschaft einer glänzenden Metropole, Visionen, Ziele, Märkte, Gewinne, Zukunftsorientierung, Menschen, die anpacken und verändern, innovative Finanzprodukte mit hoher Verzinsung, Solar, Wasserkraft und Windenergie in Bayern, Deutschland und Europa – ja, schön wäre es gewesen. Hätte die Green City AG nicht schon im Dezember schwere wirtschaftliche Schlagseite gehabt, und wäre sie nicht am 24. Januar dann in die Insolvenz gerutscht. Trotz ihrer wohlklingenden mehr als 100 Untergesellschaften und mit über 220 Millionen Euro, die sie unter anderem über Anleihen bei Investoren mithilfe der GLS-Bank eingesammelt hat. Pleite mit dem Sustainability Award als „Nachhaltigstes Unternehmen 2011“ und dem TÜV-Siegel „Wegbereiter der Energiewende“.

Und hier kommt nun wieder Markus Söder mit seinen aktuellen Problemen ins Spiel, denn auf dem Papier stellt die Green City AG genau das Modell der zukünftigen Energiegewinnung dar, das den Robert Habecks und den in den Lobbyismus gewechselten Simone Peters dieses Landes gefallen würde. Einer der letzten Triumphe von Green City war der Bürgerentscheid über Windkraftanlagen im Ebersberger Forst östlich von München: Der Landrat der CSU und die meisten anderen Politiker setzten sich für den Windpark ein, und besonders mit den Stimmen derjenigen, die weit entfernt wohnten, ging der Entscheid knapp für den Windpark im Wald aus. Eine ungewöhnliche Mischung aus Bayernpartei, AfD, Vogelschützern und Marktbeobachter hatte darauf hingewiesen, dass es um die Finanzen der AG vielleicht nicht wirklich gut ausgesehen hat, aber vollmundig verkündete Green City, man werde die Bürger und deren Genossenschaften großzügig beteiligen und ihnen Anteile an den geplanten Bürgerwindrädern zum Kauf überlassen. Das ist in Bayern eine beliebte Methode: Mit dem sog. Bürgerwindrad teilt sich die Gesellschaft auf in jene, die so ein Ding in die Landschaft gesetzt bekommen, und jene, die das Ding setzen und an EEG-Zuwendungen und Stromproduktion profitieren. Natürlich sind Zweitere dann aus Gründen des finanziellen Erfolgs auch bei Wahlen eher bereit, jene zu unterstützen, die ihren wirtschaftlichen Interessen Vorrang einräumen. Einem Bauunternehmer ist es egal, ob er den Wald für eine Straße oder eine Windkraftanlage wegbetoniert. Und die Anleihen, mit denen die Green City AG Geld eingesammelt hat, versprochen teilweise Renditen von fünf Prozent pro Jahr, was in Zeiten wie diesen sehr viel ist. Das hier ist Bayern, da tun Menschen für fünf Prozent Zins und das Wohlergehen der Kiesgrubenbarone noch ganz andere Dinge, als das Kreuzerl bei der richtigen Partei setzen.

Man gewinnt also mit so einem Windrad nicht nur Strom, sondern auch erheblichen Einfluss auf regionaler Ebene, bei Gemeinderäten, bei Landräten und Unternehmern, die ohne wirtschaftliche Verflechtungen keinen Grund hätten, mit einem aus München stammenden Autoverbotsverein und seiner angeschlossenen AG zu kooperieren. Also, man versteht sich, sofern das investierte Geld nachher wieder bei den Investoren ankommt. Bei der Finanzierung mit Anleihen, die die Green City AG platziert hat, ist es aber anders: Da steht in den Prospekten für verzweigte Untergesellschaften eindeutig, dass sie im Falle einer Insolvenz nachrangig sind. Heißt: Wenn die Firmen pleitegehen, werden zuerst alle andere Forderungen an Kreditgeber und Berechtigte bedient, bevor das, was dann noch übrig bleibt, an die Anleihenkäufer zurückgezahlt wird. Oder, wie das bei der Ankündigung im vergangenen Monat, man könnte noch die Zinsen bedienen, seitens des Vorstandsvorsitzenden Jens Mühlhaus so schön hieß: „Die Rückzahlung der Schuldverschreibungen sowie zukünftige Zinszahlungen sind weiterhin nicht gesichert.“ Inzwischen weiß der Insolvenzverwalter mehr, die Tochtergesellschaft GCE Kraftwerkspark I GmbH ist auch insolvent, und laut den Investor Relations sind auch weitere Töchter möglicherweise von der Insolvenz bedroht. Fünf Prozent Zinsen auf Anleihen gibt es nun mal nicht ohne Risiken, und wenn die großkopferen Mochtregernwindradgrafen in Ebersberg einmal genauer hingeschaut hätten, hätte man auch ahnen können, dass der Partner vielleicht nicht ganz ideal ist.

Denn zwischenzeitlich hatte die Green City AG auch eine weitere AG gegründet, die an der Börse verkauft werden sollte. Mit der Summiq AG wollte man 2019 Kapital

beschaffen, um den Bereich der erneuerbaren Energien auszubauen und mit den erwarteten 75 bis 100 Millionen Einnahmen Anlagen für erneuerbare Energien erst einmal einkaufen, um damit Geschäfte zu machen. Aufgrund der verhaltenen Reaktion der Anleger trotz des damaligen Greta-Hypes sagte Green City den Börsengang wieder ab, und beschränkte sich auf die Ausgabe von Anleihen an Investoren. Unter anderem investierte Green City in einen pleite gegangenen Anbieter von E-Bikes namens Wunjoo und legte für das Start-up Emmy einen Genussschein für die typischen roten Elektroroller auf, die mit dem Logo von Green City in München Werbung machen sollten. Emmy galt zwischenzeitlich als deutsches Erfolgsmodell der Sharing Economy, bekam aber während der Coronazeit Probleme und wurde für einen unbekanntem Betrag an eine israelische Firma verkauft. Green City selbst vollzog dann 2021 eine „Refokussierung“ und verkaufte die 2017 gegründete Ökostromtochter Green City Power, mit der Energie direkt an Privatkunden gebracht werden sollte. Von da an legte man den Schwerpunkt wieder auf das Geschäft mit der Entwicklung von Solar, Wasserkraft und Wind – aber auch hier lief nicht alles glatt, etwa, weil in Haltern ein riesiges Windrad, eine Anlage des Herstellers Nordex, in sich zusammenstürzte. Das gehörte zwar nicht Green City, aber die Firma wollte Anlagen dieses Typs in Bayern errichten, nachdem Senvion, der Anbieter der ursprünglich vorgesehenen Räder, selbst insolvent gegangen war.

Bis zur Klärung der Ursache der Havarie von Haltern stellte Nordex den Betrieb und Bau dieses Typs ein, und so ragten in Unterfranken viel länger als gedacht die Rohbauten der Türme in die Luft. Windanlagen, die nicht laufen, produzieren keinen Strom und generieren keine Einnahmen, Zinsen müssen dagegen bezahlt werden: Mit diesem Problem ist Green City nicht allein. Bemerkenswert ist allerdings, dass schon der Jahresabschluss 2017 nicht eben formschön war: Anlegerschützer weisen darauf hin, dass die Buchprüfung 2020 Mängel entdeckte, fehlende Nachweise über Guthaben feststellte, und monierte, dass Töchter der AG nicht im Abschluss enthalten waren. Das ist, höflich gesagt, nicht eben vertrauenerweckend. Trotzdem bauen sich Windräder nicht von allein: Die Branche braucht Geld, um bei den Banken kreditwürdig zu sein, Zuverlässigkeit bei der Politik, um Partner und Förderer zu finden, und Ansehen bei den Bürgern, um ihre Anleihen mit dem Risiko des Totalverlusts zu verkaufen und gleichzeitig als bürgernah zu gelten. Windenergie braucht eine gute Story, nicht umsonst hat Green City diese Leistungen unter anderem bei der „SZ“ zugekauft und unter Politikern verbreitet. Jetzt droht stattdessen ein Prozess der schmerzlichen Aufarbeitung. Solche Firmen gehen nicht über Nacht pleite, da gibt es Fehlentscheidungen im Vorfeld und viele im grün-rot beherrschten Münchner Stadtrat, die darüber vielleicht nicht reden wollen.

Weil es die Investitions- und Beteiligungsfreude bei den Bürgern hemmen und den schönen, klimafreundlichen Lack der Stadt beschädigen könnte. München hat in Form seiner Stadtwerke schon selbst Probleme mit Windkraft im fernen Norwegen, da kommt die Pleite der Green City AG alles andere als gelegen: Zu schön könnte man daran zeigen, wo die wirtschaftlichen und ökologischen Risiken des Energiewandels zu finden sind. Die einen bekommen geschredderte Raubvögel und die anderen geschredderte Wertpapiere, könnte man gehässig sagen, und natürlich wird damit auch das Vertrauen in Firmen geschädigt sowie in jene, die ihnen wohlklingende Preise verleihen und ihnen, auf bayerisch gesagt, an Polante machen.

Für Söder wird das politische Überleben dadurch leichter, denn es stützt nicht nur seine These vom Ausbau der Sonnenenergie: Es erschwert auch die Finanzierung der Windräder, deren teure Folgekosten bei der zur Stromabnahme verdammten Bevölkerung auf wenig Gegenliebe stoßen. Wenn der Freistaat sich kein Bein bei der Standortsuche ausreißt und die Bürger nach dem Green-City-Schock weniger investieren und Banken vorsichtiger werden, geht das Problem zurück zu Robert Habeck nach Berlin.

Der kann natürlich auf die Idee verfallen, Ausfallbürgschaften anzubieten, aber das zieht erfahrungsgemäß fragwürdige Gestalten an – die New Economy und die Förderung von Venture Capital durch den Staat lassen grüßen. Oder er kann Großkonzerne bevorzugen, die dann die Windräder betreiben, aber das facht den ohnehin vorhandenen Zorn der Bevölkerung an, die mit den Folgen leben muss. Söder verliert seine treuen Wähler auf dem Dorf, wenn er Spargel bei Wohnhäusern bauen lässt, weil er dann als Spruchbeutel gilt, der seine Versprechungen nicht einhalten kann. Habeck verliert, wenn er die Klimawende rücksichtslos gegen das Land zusammen mit jenen Multis macht, gegen die speziell die Grünen früher angetreten sind.

Habeck kann nach dem Prinzip „persönliche Niedertracht für das Allgemeinwohl“ Steuergelder der Bürger ausgeben, oder auf Kosten der Bürger Schulden machen, um bedrängten Firmen zu helfen. Aber dann übernimmt die Allgemeinheit wie schon bei den Pleiteunternehmungen von Eisenbahn und Kernkraft wieder das Risiko für eine staatsnahe Industrie, die ohne Rücksicht auf Verluste auch in windarmen Regionen Garantieprofitanlagen errichtet. Und das alles vor dem Hintergrund von rapide steigenden Baukosten, Inflation und hohen Strompreisen. Natürlich könnte da auch ein bayerischer Ministerpräsident generös aushelfen, denn Geld haben wir sogar für Vereine wie Green City und rotorenfreundliches Jugendbildungsmaterial mit Beteiligung der Energieagentur – aber die Grünen sind mit Versprechungen der Energiewende angetreten und hoffen, für die Erreichung dieser Ziele gewählt zu werden. Dafür macht Habeck sogar den Kotau, in Bayern „ökologischer Patriotismus“ zu sagen.

Nur hört beim Geldbeutel auch in Bayern der Patriotismus schlagartig auf, und Green City hinterlässt bei den möglichen Geldgebern aus der Bürgerschaft in etwa den Kahlschlag, den sie gern im Ebersberger Forst veranstaltet hätten. Für den Freistaat Bayern wäre der Fall eine gute Gelegenheit, den politischen Gegner – nein, natürlich nicht ins Messer laufen zu lassen, sondern mit Augenmaß den Wähler auf jene Probleme bei der Umsetzung hinzuweisen, mit denen andere so oder so fertig werden müssen, und dann, wenn es schief geht, jede Verantwortung abzulehnen. Man hätte ja gleich für Solarenergie votiert. Die Grünen müssten beweisen, dass sie und ihre Freunde es können, notfalls auch gegen die Bürger und mit deren zwangsweise verwendetem Geld, und dann hoffen, dass der Wind auch in Bayern weht.

Und die Rotoren nicht umfallen.

Und die Partner keine Hanswurschtn sind.

Und die betrauten Firmen keine E-Bike-Pleiten machen.

Und die Vermögenswerte in den Büchern echt und vorhanden sind.

Und das Geplante so umgesetzt wird, dass das Geld anderer Leute ausreicht.

Denn Wirtschaft ist nun mal gerade nicht die kluge Anwendung persönlicher Niedertracht für das Allgemeinwohl, sondern für die eigenen Vorteile.